



Thesenpapier der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin, Juni 2024

STABILE NAHVERSORGUNG IN HERAUSFORDERNDEN ZEITEN

In Berlin und Brandenburg leben heute über sechs Millionen Menschen, deren Lebenswelten äußerst unterschiedlich sind. Viele von ihnen leben gern am Stadtrand oder auch im ländlichen Raum, ihr Wohnumfeld bewerten die meisten als attraktiv. Allerdings wird es dort zunehmend schwieriger, den Zugang zu notwendigen Gütern und Dienstleistungen in der unmittelbaren Umgebung sicherzustellen.

Post- und Bankfilialen schließen, vielerorts gibt es nicht einmal Geldautomaten. Aber auch Apotheken, Bäckereien oder Metzgereien geben auf – weil sie weder Personal noch eine Nachfolge finden oder dem Preiswettkampf mit den großen Discountern, die nur per Auto zu erreichen sind, nicht standhalten können. Der Weg zum Amt oder zur nächsten Beratungsstelle ist oft weit und gerade für ältere Menschen kaum zu schaffen. Auch jüngeren Menschen brechen mancherorts bisher gewohnte Angebote weg. Sei es der Jugendclub, der aufgrund unsicherer Kommunalfinanzen seine Angebote einschränken muss oder das Café in der Nachbarschaft, das keine Servicekräfte mehr für den Betrieb findet. Zudem fehlt es an öffentlich zugänglichen Räumen, die frei genutzt werden können, ob für Kultur- und Bildungsangebote oder für private Veranstaltungen wie Familienfeiern oder Kindergeburtstage.

Funktionierende Nahversorgung und soziale Infrastruktur sind zentrale Elemente der Daseinsvorsorge und der sozialen Teilhabe. Sie machen das Wohnen nicht nur attraktiver, sondern verstärken die Identifikation mit dem eigenen Umfeld und das Zusammenleben in der Nachbarschaft.

Stabile Demokratie braucht starke Kommunen und Bezirke

Unsere Kommunen oder Bezirke sind Keimzellen des sozialen Zusammenhalts. Sie sind die erste Anlaufstelle der Menschen und Träger unserer Demokratie; viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich für ihre Nachbarschaft und in ihrem Umfeld. Hier findet die unmittelbare Begegnung der Bürger*innen mit Staat und Politik statt. Deshalb darf der Staat sich mit infrastrukturellen Angeboten aus dünner besiedelten Gegenden nicht zurückziehen, und deshalb braucht es überall zumindest eine gute Grundversorgung an sozialer Infrastruktur.

Wir wollen Lebensverhältnisse in der Region schaffen, die allen Brandenburger*innen und Berliner*innen gerecht werden. Dazu gehört das, was man für ein gutes Leben vor Ort braucht: Schulen, Kitas, medizinische Grundversorgung, Sportvereine und auch eine vernünftige Versorgung mit den Gütern des täglichen Bedarfs. Nicht alles kann Politik allein leisten. Aber gemeinsam mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren vor Ort wollen wir eine gute Nahversorgung dort sichern, wo es sie noch gibt – und neue Angebote schaffen, wo sie bereits verschwunden sind.

Das wollen wir tun:

1) Gemeinschaftshäuser: Lebendige Treffpunkte mit vielfältiger Nutzung

Die Umnutzung leer stehender Gebäude oder die Öffnung bestehender Räume bieten die Möglichkeit, vielseitige Gemeinschaftshäuser zu schaffen. Diese können Gesundheitsdienste, Coworking-Bereiche und praktische Einkaufsmöglichkeiten kombinieren, während sie gleichzeitig als Treffpunkt für Gemeinschaftsinitiativen und Vereine dienen. Menschen finden leichter Zugang zu den Angeboten, begegnen sich und knüpfen neue Kontakte. Anbieter*innen profitieren von Kosteneinsparungen durch die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur wie Miet- und Heizkosten, Empfangsbereichen, Sanitäranlagen, Parkplätzen sowie gemeinsamer Werbung.

Diese vielfältige Nutzung führt zu einer besseren Auslastung und Wirtschaftlichkeit für alle Beteiligten und schafft einen lebendigen Ort, wo immer was los ist. Voraussetzung ist allerdings eine Förderung, die multifunktionale Nutzungen durch verschiedene Träger bzw. Akteur*innen ausdrücklich zulässt. Ein Beispiel dafür ist das Landesprogramm *MarktTreff* aus Schleswig-Holstein. Es fördert Kommunen, die leerstehende Räume zu Multifunktionsgebäuden umwidmen. Dort können Lebensmittel-Einzelhändler*innen unterkommen, eine Bank und dazu ein sozialer Treffpunkt – je nach Bedarf vor Ort. Ein anderes Beispiel sind Bürgerläden wie der *Land-Markt in Bad Belzig*. Entscheidend sind eine Projektkoordination, die die verschiedenen Akteur*innen unter einen Hut bringt, und die Bündelung bestehender Förderprogramme. Ein Beispiel dafür ist das Förderprogramm für ländliche Kommunen „*LandVersorgt – Neue Wege zur Nahversorgung in ländlichen Räumen*“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft mit EU-Programmen und gegebenenfalls einer Anschubfinanzierung.

Am Stadtrand von Berlin und in einigen Stadtteilen in den Außenbezirken fehlen vor allem soziale und kulturelle Räume. Aber auch hier wollen wir verstärkt auf eine gemeinsame Nutzung bestehender Orte und Läden setzen, damit Menschen fußläufig haben, was sie für ein gutes Leben brauchen. Ein Beispiel ist die *UnbezahlBar* in der Marzahner Promenade. Im Rahmen des Netzwerks der Wärme ist hier ein Ort der Begegnung entstanden, an dem Menschen kostenlosen Zugang zu Kleidung, Büchern, Haushaltsartikeln und einem Foodsharing-Kühlschrank haben. Aber auch eine Sozialberatung und ein Begegnungsort sind dort entstanden. Mehrere Träger von sozialen Projekten haben sich für diesen gemeinsam genutzten Laden zusammengetan. Wir halten aber noch viele weitere Kombinationen für denkbar: Warum nicht die Beratung von Alleinerziehenden durch das Jobcenter im Eltern-Kind-Café um die Ecke? Das spart Zeit, Wege und senkt die Hürden, sich niedrigschwellig Unterstützung zu holen.

Um mehr solcher Projekte in die Fläche zu bringen, wollen wir auch vor dem Hintergrund der Krise des stationären Einzelhandels mit Wohnungsgesellschaften oder auch den Betreiber*innen von Einkaufszentren zusammenarbeiten. Gerade Einkaufszentren, die in Teilen nicht vermietet sind, wollen wir als zentrale Anlaufpunkte in den Stadtteilen erhalten und dafür zusätzliche Angebote initiieren. Zur Finanzierung werden wir vor allem bestehende Fördermöglichkeiten bündeln. Genossenschaften sollten beispielsweise über Angebote der Wirtschaftsförderung leichter auch Fördermittel des Bundes einwerben können. Programme für Stadtteilzentren, Quartiersmanagement, Dorferneuerung, Mieter- und Schuldnerberatung oder mobile Stadtteilarbeit können für solche gemeinsam genutzten Orte gebündelt werden. Die Voraussetzung dafür ist, dass die Planung von Nahversorgung zu einer klaren Aufgabe der Kommunen bzw. Bezirke wird.

Instrumente wie die bezirklichen Zentrenkonzepte oder die Sozial- und Infrastrukturkonzepte müssen dafür zusammengedacht werden. Hierfür setzen wir uns bei der Berliner Verwaltungsreform und der Reform der Brandenburger Kommunalverfassung ein.

2) Gut funktionierende Nahversorgung: Waren- und Dienstleistungsangebote an Bahnhöfen

Große Bahnhöfe in den Zentren der Städte sind belebte Orte, in denen es oft veritable Einkaufsmeilen gibt, mit besonders langen Öffnungszeiten – im ländlichen Raum dagegen, aber auch in den Stadtrandlagen Berlins, sind Regional- und S-Bahnhöfe häufig eher verwahrloste und verlassene Orte. Am späteren Abend und in der Nacht sind es Orte, die Frauen und ältere Menschen eher meiden.

Dabei könnten Bahnhöfe die idealen Orte sein, um schnell nochmal ein Paket abzuholen oder den vergessenen Liter Milch auf dem Heimweg zu besorgen. Unser Ziel ist es, genau das wieder zu ermöglichen. Es sollte zumindest eine Basisinfrastruktur an jedem größeren Bahnhof in der Region und an jeder S-Bahnstation auch im C-Bereich geben: einen Bankautomaten und eine Paketstation, einen Briefkasten, eine Toilette und dort, wo es möglich und nötig ist, einen Späti oder Tante-Emma-Laden. Gerade Bahnhöfe im ländlichen Raum stellen durch ihre exponierte Lage in der Gemeinde einen guten ersten Anknüpfungspunkt für eine vielfältige Nutzung dar.

Dafür streben wir eine engere Kooperation mit der *DB InfraGO* an (fusioniert aus *DB Station & Service* und der *DB Netz*) an. Gemeinsam wollen wir Bahnhöfe auch am Stadtrand und in der Region wieder zu belebten Orten machen, die eine gute Nahversorgung, auch ohne ein eigenes Auto, gewährleisten. Durch eine solche Revitalisierung werden Bahnhöfe zugleich zu Orten, an denen sich Menschen sicher fühlen können – weil andere Menschen in der Nähe sind. Selbstverständlich gehört heute an jeden Bahnhof auch eine Fahrradabstellanlage und, zumindest an Bahnhöfen in zentralen Lagen, ein Mobilitätshub für den restlichen Weg bis zum Arbeitsplatz oder nach Hause: Pendler*innen finden dann am Bahnhof auf ausgewiesenen Parkflächen Sharing-Fahrzeuge und können somit bequem vom Zug auf Fahrräder, E-Scooter oder E-Mopeds umsteigen. Erste Schritte in diese Richtung gibt es schon. So soll der Regionalexpress RE7 in enger Kooperation von *DB Regio* und *VBB* mit den Anrainerkommunen zu einer „Zukunftslinie“ RE7 werden. Dafür sollen auch die Erreichbarkeiten der Bahnhöfe verbessert, leerstehende Bahnhofsgebäude entlang der Strecke revitalisiert und die Bahnhofsumfelder stärker belebt werden.

Zur Aufstellung eines Bankautomaten sind die Sparkassen nach wie vor die wichtigste Finanzpartnerin für ihre Träger, die Kommunen. Wir wollen mit den kommunalen Sparkassen bzw. ihren Aufsichtsbehörden in Gespräche gehen, damit wieder mehr Bankautomaten in die Fläche gebracht werden. Gegebenenfalls lässt sich das auch in einer Novelle des Sparkassengesetzes verankern. Durch die Postgesetznovelle sind Paketdienstleister bereits dazu verpflichtet, auch an anbieterneutralen Paketstationen kundennah zu liefern. Das wollen wir nutzen, um gerade an Bahnhöfen verstärkt solche Angebote zu etablieren. Die DHL bietet jetzt solche offenen Lösungen am Haupt- und am Ostbahnhof an, das wollen wir auch in die Fläche bringen.

Was die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs angeht, setzen wir auf die Wiedergeburt des guten alten Tante-Emma-Ladens am Bahnhof, nur eben etwas moderner und gerne auch genossenschaftlich organisiert. Die Läden von *Tante Enso* beispielsweise sind genossenschaftlich organisiert und lassen ihre Kunden mitbestimmen. Mit dabei: die Brandenburger Gemeinde Freyenstein. Seit 2020 eröffnen mehr und mehr sogenannte *24/7-Märkte*, die rund um die Uhr geöffnet sind und, je nach Organisationsform, nur während der Öffnungszeiten mit Personal, ansonsten ohne bzw. gänzlich ohne Verkaufspersonal auskommen. 24/7-Märkte existieren mittlerweile in vielen Bundesländern, beispielsweise in Baden-Württemberg,

Niedersachsen und Thüringen. Als Automaten-Märkte können sie rund um die Uhr Waren anbieten in Regionen, die ein Supermarktbetreiber nicht als Standort wählen würde.

Weitere Angebote sind je nach Standort und vorhandener Infrastruktur vorstellbar: Bildungsangebote als Abendkurse, kleinere Concierge-Services oder Cafés an touristischen Hotspots. Dafür braucht es allerdings grundsanierte Flächen in den Empfangsgebäuden der Bahnhöfe. Hierzu muss eine Förderfähigkeit der Bahnhöfe, nicht nur der Schienentrassen, auf Bundesebene hergestellt werden. Wir setzen darauf, dass das durch die aktuelle Novellierung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes endlich möglich wird.

3) Nah und versorgt durch moderne Verwaltung: Digitales Bürgerbüro

Zu einer guten Nahversorgung gehört, dass die Bürger*innen schnell und unkompliziert Verwaltungs- und Servicedienstleistungen in Anspruch nehmen können. Sowohl in Berlin als auch im ländlichen Brandenburg ist dies ein zeitfressender und bürokratischer Aufwand – insbesondere für Menschen, die weniger mobil sind und für alle, die weniger digital unterwegs sind und für die der Online-Service allein eine Überforderung darstellt – sei es aufgrund ihres Alters oder auch aufgrund von fehlenden Sprachkenntnissen.

Neue Wege geht der Landkreis Uckermark mit dem *Digitalen Bürgerbüro LISA*. In ruhigen, schalldichten Kabinen gibt es die Möglichkeit, zahlreiche Behördengänge bequem und mit nur einem Besuch zu erledigen. Über einen großen Bildschirm ist der direkte Kontakt mit einer Verwaltungsmitarbeiter*in von Angesicht zu Angesicht möglich, fast als würde man sich im Büro gegenüber sitzen. Dabei ist im digitalen Bürgerbüro vieles möglich – eine Antragsstellung samt digitaler Unterschrift, das Einreichen oder Kopieren von Unterlagen oder die Inanspruchnahme einer Beratung. Eine Ansprechperson schaltet nach einer ersten Beratung die Kund*innen direkt weiter zum jeweils benötigten Angebot. In der Uckermark sind das Leistungen des Sozialamts, des Jugendamts, der Wohngeldstelle, einer Gesundheitskasse und des Pflegestützpunkts.

Perspektivisch können diese Servicedienstleistungen durch weitere Angebote ergänzt werden, wie zum Beispiel Wasser- und Stromversorger, Banken, Mieterberatung oder Wohnungsunternehmen. Das bedeutet: der Staat und die Verwaltung kommen mit ihren Dienstleistungen zu den Bürger*innen, und zwar auch dort, wo der Weg zum Rathaus oder zum Bürgeramt weit ist.

Während das Konzept im ländlichen Raum bereits erprobt ist und in weiteren Kommunen in Brandenburg umgesetzt werden kann, wollen wir den Ansatz auch für dichter besiedelte Gebiete in Berlin und Brandenburg weiterentwickeln. Mit den mobilen Berliner Bürgerämtern auf Basis der Bürgeramtskoffer der Bundesdruckerei haben wir bereits einen mobilen Service. Diesen wollen wir im Sinne von LISA weiterentwickeln und damit mehr Behördengänge wohnortnah ermöglichen.

Wir sind überzeugt, dass digitale Bürgerbüros dort einen großen Mehrwert bieten, insbesondere in Stadtrandlagen und an Orten, wo verhältnismäßig viele Menschen leben, die nur eingeschränkt mobil und wenig internetaffin sind. Daher wollen wir in ausgewählten Kommunen und Bezirken den Einsatz der digitalen Bürgerbüros in einem Pilotprojekt testen und evaluieren. Als mögliche Standorte bieten sich etwa Ärztezentren, Krankenhäuser oder Stadtteilzentren und Seniorentreffpunkte an. Darüber hinaus wollen wir bestehende Bürgerdienstleistungsstandorte wie Bürgerämter durch digitale Bürgerbüros für mehr Behördengänge erweitern. So bündeln wir so viele Bürgerdienstleistungen wie möglich – und zwar dort, wo sie gebraucht werden: bei den Menschen vor Ort.